

Die «Initiative Provenienzforschung stärken!» wurde im Jahr 2024 im Rahmen eines interdisziplinären Netzwerks von Promovierenden im Bereich der Provenienzforschung gegründet. Die Initiatorinnen eint die Sorge, dass neurechte Akteur*innen zunehmend versuchen, die Provenienzforschung zu unterminieren, um Einfluss auf die deutsche Erinnerungskultur zu nehmen. Mediale Aufmerksamkeit erzielte die Initiative mit einem im Januar 2025 veröffentlichten Brief, in dem sie auf die Gefährdung durch die Partei AfD hinweist.¹ Die Autorinnen des offenen Briefs fordern eine sichere Finanzierung und die Verstetigung von Stellen, um die Provenienzforschung von sich ändernden politischen Bedingungen unabhängig zu machen. Welche Resonanz es auf den Brief gab, erörtern wir in diesem Interview. Dabei geht es auch um die Grenzen zwischen Forschung und Aktivismus, engagierte Kunstgeschichte und die Bedeutung einer kritischen Provenienzforschung in Zeiten, in denen immer mehr Staaten von rechtsextremen und (neu)rechten Politiker*innen regiert werden und die AfD zunehmend in den deutschen Landtagen vertreten ist.

Sarah Hegenbart: Seid Ihr in Eurem Arbeitsalltag schon einmal konkret mit neurechten Initiativen oder der AfD konfrontiert gewesen?

Anna-Jo Weier: Wir selbst nicht, aber wir machen mit der Initiative auf die Bedrohungslage aufmerksam, die sich auf verschiedenen Ebenen zeigt. Das sind einerseits individuelle Erfahrungen: beispielsweise die einer Kollegin, die in mehreren ost-deutschen Museen Provenienzforschung durchgeführt hat. In einem Haus wurde sie von der Leitung gebeten, nicht öffentlich beziehungsweise mit niemandem vor Ort über ihre Tätigkeit zu sprechen, da das aufgrund des hohen Zuspruchs für die AfD in der Umgebung zu Problemen führen könnte. Gleichzeitig beobachten wir die wachsende Bedrohung durch verschiedene (neu)rechte Strategien, wie zum Beispiel durch regelmäßige Anfragen der AfD sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene. Beispielsweise stellte sie im Jahr 2018 eine Große Anfrage im Bundestag unter dem Titel «Aufarbeitung der Provenienzen von Kulturgut aus kolonialem Erbe in Museen und Sammlungen».² Im Mai 2025 gab es eine Kleine Anfrage der Thüringer AfD zur Provenienzforschung an Museen und Hochschulen in Thüringen und zur Restitution von Kulturgütern.³ Die AfD nutzt diese Anfragen, um das kolonialistisch-eurozentrische Narrativ zu reproduzieren, in afrikanischen Ländern bestünden keine Infrastruktur und kein Wissen darüber, wie mit den Objekten, die einst von dort geraubt wurden, im Fall einer Restitution umzugehen sei. Sie diskreditiert die Forschung und das Übernehmen historischer Verantwortung in Deutschland als ideologisches

Vorhaben und ›Schuldkult‹. Diese Anfragen sind Einschüchterungsstrategien, wie bereits aus dem Bereich der Gender Studies bekannt ist.⁴

Sarah Hegenbart: Gab es ein Schlüsselerlebnis, das zur Gründung Eurer Initiative geführt hat?

Anna-Jo Weier: Das Thema kam auf Fachtagungen und in persönlichen Gesprächen immer häufiger auf. Das Schlüsselerlebnis hängt aber mit den AfD-Anfragen zusammen. Im Rahmen eines Treffens des Transdisziplinären Promovierendennetzwerks Provenienzforschung (tpp) war im Sommer 2024 Gilbert Lupfer eingeladen. Er war damals noch Vorstand des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste (DZK) und berichtete, dass Mitglieder der AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt das Zentrum in Magdeburg besuchten, um sich über die Provenienzforschung und deren Förderstrukturen zu erkundigen. Im Anschluss an diesen Besuch haben sie eine kleine Anfrage gestellt, um Informationen über das Mietverhältnis des Zentrums und die Eigentumsverhältnisse des Gebäudes zu erhalten. Wir begreifen das als eine dieser indirekten Bedrohungen, von denen wir eben schon gesprochen haben.⁵ Die AfD Sachsen-Anhalt, die nach aktuellen Prognosen bei der Landtagswahl im Herbst stärkste Kraft werden könnte, hat in ihrem Wahlprogrammmentwurf vom 23. Januar 2026 angekündigt, dem Deutschen Zentrum für Kulturgutverluste vollständig die landeseigenen Mittel streichen zu wollen.⁶

Sarah Hegenbart: Was sind die zentralen Forderungen der «Initiative Provenienzforschung stärken!»?

Emilia Krellmann: Eine klare Positionierung aller demokratischen Parteien. Sie müssen sich mit aller Deutlichkeit – und nicht nur symbolisch – hinter die Provenienzforschung stellen, weil diese einen unverzichtbaren Beitrag zur Gesellschaft, Wissenschaft und Erinnerungskultur leistet.

Wir fordern einen wirksamen Schutz vor politischer Einflussnahme und Geschichtsrevisionismus sowie eine Struktur zum Schutz vor Übergriffen, wie sie in manchen Museen und Gedenkstätten bereits vorgekommen sind.⁷ Dass jetzt gehandelt wird und nicht erst, wenn es zu spät ist. Die AfD hat bereits in vielen Regionen Deutschlands großen Einfluss. Die Unabhängigkeit der Forschung muss gewährleistet bleiben, das heißt die wissenschaftliche Aufarbeitung historischer Unrechtskontexte darf nicht durch neurechte und rechtsextreme Interessen gefährdet werden. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass die Provenienzforschung als gesamtstaatliche Aufgabe zu betrachten ist. Hierfür braucht sie eine verlässliche Finanzierung und institutionelle Sicherung; sie muss auf Landesebene und dauerhaft mit Bundesmitteln gefördert werden. Ihre Arbeit darf nicht von politischen Mehrheiten in Ländern oder Legislaturperioden abhängig sein. Außerdem müssen mehr entfristete Stellen geschaffen werden, zum Beispiel durch die Entfristung der vielen bestehenden Projektstellen an Universitäten und kulturgutbewahrenden Einrichtungen, um diese Unabhängigkeit zu gewährleisten. Mehr berufliche Sicherheit führt zu größerer Resilienz, die es angesichts des fortschreitenden Rechtsrucks unbedingt braucht.

Sarah Hegenbart: Neurechte Kulturpolitik und Provenienzforschung: Was hat das überhaupt miteinander zu tun?

Emilia Krellmann: Provenienzforschung klärt die Herkunft von Kulturgütern, um insbesondere unrechtmäßige Entziehungen im Kontext von Nationalsozialismus,

Kolonialismus sowie der sowjetischen Besatzungszone und der DDR aufzuarbeiten. Damit leistet sie einen entscheidenden Beitrag zu einer pluralen Erinnerungskultur. Neurechte Kulturpolitik, wie sie die vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestufte Partei AfD betreibt, steht einer Provenienzforschung im Sinne eines verantwortungsvollen, reflektierten Umgangs mit der Vergangenheit diametral entgegen. Die AfD relativiert Kolonial- und NS-Verbrechen und bezieht sich positiv auf die Kolonialherrschaft und den Nationalsozialismus. Seit Jahren bietet sie geschichtsrevisionistischen Äußerungen und Narrativen eine Bühne. Auf dieser Grundlage diskreditiert sie unsere Arbeit, diffamiert insbesondere den Ansatz der postkolonialen Provenienzforschung und fordert ein Ende der Förderung. Grundsätzlich stellt sie die gesellschaftliche, politische und wissenschaftliche Notwendigkeit der Provenienzforschung in Frage. Dadurch, dass wir sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene einen deutlichen Zuwachs der parlamentarischen Repräsentation der AfD sehen, gewinnt sie mehr und mehr tatsächliche politische Handlungsmacht.

Sarah Hegenbart: Ihr habt Euren offenen Brief an die vorherige Regierung adressiert. Welche Reaktionen gab es?

Emilia Krellmann: Auf Bundesebene wurde unser Anliegen im Büro der damals amtierenden Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien wahrgenommen. Nach den Neuwahlen reagierten im Mai 2025 die Präsidentinnen der Wissenschaftsministerkonferenz (WMK) und der Kulturministerkonferenz (KMK) in einem gemeinsamen Schreiben auf unseren offenen Brief, begrüßten unsere Initiative, bekannten sich zur gesellschaftspolitischen Bedeutung der Provenienzforschung und gingen auch auf die Herausforderungen in diesem Feld ein. In dem Schreiben wurde auch betont, dass die im Grundgesetz garantierte Wissenschaftsfreiheit zu schützen und zu verteidigen ist. Sie versprachen, sich für den Erhalt und die Stärkung der Provenienzforschung einzusetzen. Wir haben den Brief, nachdem die Ministerien neubesetzt waren, auch an Wolfram Weimer geschickt.

Sarah Hegenbart: Und hat er reagiert?

Anna-Jo Weier: Nein. Die Reaktion der Präsidentinnen der Wissenschafts- und der Kulturministerkonferenz haben wir als kollektive Antwort verstanden. Auf Landesebene haben wir einige schriftliche Rückmeldungen erhalten und konnten uns mit Abgeordneten in persönlichen Gesprächen austauschen. Sie begegneten unserem Anliegen mit Offenheit und mit einem Bekenntnis zur Provenienzforschung. Wir haben gemeinsam diskutiert, welche Möglichkeiten es gibt, unsere Arbeit weiter zu schützen und zu stärken. Wir nehmen aus den Gesprächen allerdings auch den Eindruck mit, dass auf Landesebene die Situation anderer Bundesländer oft nicht bekannt ist und die gesamtgesellschaftliche Bedrohungslage teilweise nicht wahrgenommen wird.

Sarah Hegenbart: Habt Ihr das Gefühl, dass die neue Regierung schon direkt Auswirkungen auf Eure Arbeit hat?

Anna-Jo Weier: Die Provenienzforschung hat tatsächlich Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden, was erfreulich ist. In Kombination mit dem Bekenntnis der Wissenschafts- und der Kulturministerkonferenz werten wir das als ein gutes Zeichen. Wir erwarten jetzt konkrete Maßnahmen.

Emilia Krellmann: Auf Landesebene sind die Auswirkungen sehr abhängig von den Bestimmungen der jeweiligen Regierungen. Zum Beispiel sehen wir eine Stärkung in Nordrhein-Westfalen, wo die Koordinierungsstelle für Provenienzforschung existiert. Sie stellt eine nachhaltige Forschungsinfrastruktur bereit und wurde 2024 sogar verstetigt und mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet, um die Kontinuität der Arbeit zu sichern und das Fachpersonal zu halten. Als Kontrast dazu lässt sich die Rückmeldung aus Sachsen anführen. Eine sächsische Landesabgeordnete der Grünen hat großes Interesse an unserer Initiative bekundet. Gerade mit Blick auf die Zukunft vermutet sie eine Zunahme von Einschüchterungen, sodass sie und ihre Fraktion sich für Schutzmaßnahmen, die finanzielle Verstetigung und die Verbesserung der Beschäftigungssituation engagieren. Ein persönliches Gespräch kam jedoch nicht zustande, da sich zu dieser Zeit die Haushaltsverhandlungen und somit die Perspektive für die Provenienzforschung aufgrund der unklaren Mehrheitsverhältnisse in Sachsen besonders schwierig gestalteten. Die enormen Kürzungen im Kulturbereich führten bereits an der Sächsischen Landesbibliothek Dresden (SLUB) und an den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden (SKD) zum Wegfall von Projektstellen zur Provenienzforschung.

Sarah Hegenbart: Aus welchen Parteien gab es Rückmeldungen?

Emilia Krellmann: Die Grünen, die CDU und die SPD haben sich zurückgemeldet.

Sarah Hegenbart: Hat die Provenienzforschung eigentlich einen aktivistischen Anspruch, um einer revisionistischen Kulturpolitik entgegenzuwirken?

Emilia Krellmann: Die Provenienzforschung ist zuallererst eine Wissenschaft; mit einer Themenvielfalt und methodischen Breite, die sich über die Kunstmarktforschung, Künstler*innenbiografien und Ethnologie erstreckt, und seit jeher zum Methodenkanon der Kunstgeschichte zählt. Per se hat sie keinen aktivistischen Kern, sondern ist eine Wissenschaft, in der ergebnisoffen geforscht wird. Was uns persönlich und auch viele unserer Kolleg*innen antreibt, ist die Aufklärung und das Sichtbarmachen historischen Unrechts durch Kunst- und Kulturgutentzug und den Umgang damit in unserer gemeinsamen Gegenwart. Für uns als Initiative leitet sich daraus ein Engagement in Zeiten politischer Bedrohung durch (neu)rechte Kulturpolitik ab, also ein Engagement für den Schutz der Forschung, ihrer Erkenntnisse und Errungenschaften, auch für Nachfahr*innen, für die kommenden Generationen, für zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Akteur*innen, für Jurist*innen, Archivar*innen und all jene, die sich für die Rückverfolgung, Dokumentation und den kritischen Umgang mit Kunst- und Kulturgutverlagerungen eingesetzt haben und weiterhin einsetzen.

Sarah Hegenbart: Inwiefern kann überhaupt über Provenienzforschung im Singular gesprochen werden? Unterscheiden sich dafür die unterschiedlichen Anliegen – zum Beispiel mit Bezug auf die Rückgabe von NS-Raubgut oder kolonialem Raubgut – nicht zu sehr?

Emilia Krellmann: Es gibt eine ungemeine Breite der Tätigkeitsfelder. Entsprechend unterscheiden sich die Werkzeuge und nicht alle Kolleg*innen bezeichnen sich selbst als Provenienzforscher*innen. Aber die Bezeichnung hilft, die Forschung sichtbar zu machen und zu vermitteln. Es gibt innerhalb unseres Arbeitsfeldes ein andauerndes Verhandeln, Diskutieren und starkes Voneinanderlernen, was Gemeinsamkeiten und Unterschiede betrifft. Auch hinsichtlich der Sprache und Begriffe, die wir verwenden.

Was wir haben, ist eine Pluralität und eine unglaublich reiche Vielfalt an Kontexten, Objekten und individuellen Biografien, die mit ihnen verbunden sind. Das alles ist unter dem Oberbegriff Provenienzforschung zu finden.

Sarah Hegenbart: Nehmt Ihr in Eurem Arbeitsalltag einen Wettstreit zwischen den verschiedenen Unrechtskontexten in der Provenienzforschung wahr? Beispielsweise, wenn es um Fördergelder zur Provenienzforschung mit Bezug auf NS-Raubkunst oder Raubkunst aus kolonialen Kontexten geht? Lässt sich Michael Rothbergs Forderung nach multidirektionaler Erinnerung auch auf die Provenienzforschung übertragen?

Anna-Jo Weier: Wir persönlich nehmen in unserem Arbeitsalltag vor allem Offenheit wahr – und den starken Willen, Erfahrungen auszutauschen und miteinander zu diskutieren. Um auf die Frage nach der Förderung einzugehen, ist es zum Beispiel beim Deutschen Zentrum Kulturgutverluste (DZK) so, dass es verschiedene Förderpötfpe gibt. Gleichzeitig machen die unterschiedlichen Gewaltkontexte, die es in der deutschen Geschichte gibt und die sich teilweise in den Provenienzen einzelner Objekte überlagern, deutlich, wie wichtig eine differenzierte, zugleich aber miteinander verbundene Auseinandersetzung ist. Es geht nicht darum, Objekte aus einzelnen historischen Unrechtskontexten isoliert zu beforschen, sondern darum, die Überschneidungen und die daraus entstehenden Fragen nach der Forschung, nach dem Sprechen darüber, nach möglichen Restitutionen in den Blick zu nehmen.

Innerhalb der Initiative motiviert uns die Frage, wie Provenienzforschung konkret zu einer pluralen Erinnerungslandschaft beitragen kann und den Raum für unterschiedliche historische Erfahrungen zulässt und diese zugleich in Beziehung zueinander setzt. Hier kann die Vermittlung, sei es durch Wissenschaftskommunikation, Onlineformate oder in Ausstellungen, definitiv dazu beitragen, die verschiedenen Erfahrungen von Gewalt, von Enteignungen sichtbar zu machen, ohne sie gegeneinander auszuspielen.

Sarah Hegenbart: Könntet Ihr in diesem Kontext noch einmal skizzieren, warum unbefristete Stellen für Provenienzforscher*innen so wichtig sind? Welche Machtasymmetrien ergeben sich, wenn Provenienzforscher*innen sich lediglich von einem befristeten Vertrag zum nächsten hangeln?

Anna-Jo Weier: Die Einrichtung von entfristeten Stellen ist eine unserer zentralen Forderungen. Zum einen, um die Provenienzforschung vor den Auswirkungen kurzfristiger politischer Richtungswechsel zu schützen, zum anderen, weil verlässliche Arbeitsverhältnisse und langfristig gesicherte Finanzierungen einfach die Grundvoraussetzung für nachhaltige Forschungsqualität und für die dauerhafte Bewahrung der gewonnenen Erkenntnisse sind. Mehr Sicherheit im Beruf fördert Handlungsfähigkeit und Zivilcourage. Diese Eigenschaften sind unabdingbar, um nicht durch Einschüchterungen, wie wir sie eben besprochen haben, verunsichert oder geschwächt zu werden.

Sarah Hegenbart: Wie viel Prozent der Provenienzforscher*innen haben denn derzeit eine unbefristete Stelle?

Emilia Krellmann: Konkrete Zahlen können wir nicht nennen, möchten aber auf die Studie des Ulmer Vereins zu Arbeitsbedingungen in den Kunstwissenschaften verweisen.⁸ Im Bereich der Provenienzforschung sind unbefristete Stellen eher die Seltenheit.

Sarah Hegenbart: Welche Unterstützung erfahrt Ihr von Kurator*innen und anderen Kolleg*innen an den Museen? Werdet Ihr von Sammlungsleiter*innen als Bedrohung wahrgenommen, da Eure Forschung zu – möglicherweise unerwünschten – Restitutionen führen könnte?

Emilia Krellmann: Heute betreiben zahlreiche Museen in Deutschland systematische Provenienzforschung. Laut Angaben des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste wurden zwischen 2008 und 2025 über 400 Projekte zu NS-Raubgut und 58 Projekte zu kolonialen Kontexten an Museen und anderen kulturgutbewahrenden Einrichtungen gefördert.⁹ Viele Museumsmitarbeiter*innen sind der Provenienzforschung gegenüber aufgeschlossen. Aber dieser Rückhalt wird durch den wachsenden Einfluss der AfD gefährdet. Unsere Initiative hat in den vergangenen Monaten sehr viel Unterstützung aus der Forschungsgemeinschaft erhalten. Das zeigt sich an den mittlerweile über 270 Unterschriften (Stand: Dezember 2025). Auch in persönlichen Gesprächen und im Austausch mit Kolleg*innen stößt unsere Initiative wiederholt auf Resonanz und Zusage.

Sarah Hegenbart: Welchen Beitrag kann die Provenienzforschung in Zukunft leisten, insbesondere mit Blick auf die vielzitierten «Krisen der Demokratie»?

Anna-Jo Weier: Es ist essenziell für die Erinnerungslandschaft unserer Gesellschaft, dass die Provenienzforschung dazu beiträgt, die oft vergessenen Geschichten und Biografien von Menschen, ihren Leidens- und Lebenswegen und Kämpfen zu erzählen. Sie ist aber auch eine Mahnung, welch kultureller und gesellschaftlicher Reichtum durch Faschismus zerstört werden kann. Die Erkenntnisse der Provenienzforschung leisten einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung, weil sie individuelle Lebenswege sichtbar machen, Mechanismen von Entrechtung und Enteignung offenlegen und die Rolle staatlicher sowie gesellschaftlicher Institutionen in Unrechtsregimen verdeutlichen. Die Provenienzforschung zeigt auf, wie eng Fragen von Eigentum und Besitz, kulturellem Erbe und Ritualen sowie von Recht und Gerechtigkeit mit politischen Systemen verknüpft sind und welche Gefahr von autoritären und rassistischen Ideologien für Kultur und Gesellschaft ausgeht. Wenn wir dieses Wissen weiterhin in Schulen, Museen und der Erwachsenenbildung vermitteln, stärken wir das historische Bewusstsein und geben Orientierung, wie mit aktuellen demokratiefeindlichen Strömungen umgegangen werden kann. Gerade angesichts des zunehmenden Populismus und Rechtsextremismus sind Kultur und Bildungsangebote, die auf solchen Forschungsergebnissen basieren, unverzichtbar für die Stärkung einer offenen und demokratischen Gesellschaft. Die Provenienzforschung in ihrer gesamten Breite eröffnet Debatten, die die Komplexität unseres Zusammenlebens widerspiegeln. Uns ist dabei wichtig zu betonen, dass diese Arbeit noch lange nicht beendet ist – und ihr unsere Gegenwart immer wieder neue Perspektiven hinzufügt.

Anmerkungen

1 Initiative «Provenienzforschung stärken!»: Offener Brief. Schutz und Stärkung der Provenienzforschung gegen neurechte Kulturpolitik, in: Kunstchronik. Monatsschrift für Kunstwissenschaft 78, 2025, Nr. 2, S. 103–107, <https://doi.org/10.11588/kc.2025.2.109351>.

2 Vgl. zur Großen Anfrage der AfD im Bundestag 2018, Marc Jongen u. a.: Aufarbeitung der Provenienzen von Kulturgut aus kolonialem Erbe in Museen und Sammlungen, 05.07.2018, in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, in: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/032/1903264.pdf>, Zugriff am 12.09.2025.

3 Vgl. zur Kleinen Anfrage der AfD in Thüringen 2025, Thomas Benninghaus/Jens Dietrich: Provenienzforschung und Restitution von Kulturgütern an Museen und Hochschulen in Thüringen, in: Thüringer Landtag, 8. Wahlperiode, in: <https://storage.polit-x.de/media/thu/pdf/2025-04/c082792e4e85ff5b8bfec5dcd71ded12.pdf>, Zugriff am 12.09.2025.

4 Vgl. Mechthild Bereswill/Gudrun Ehlert/Anke Neuber: Feindselige Anfragen. Die Nutzung eines parlamentarischen Instruments zur Diskreditierung der Geschlechterforschung, in: Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft, 2021, Sondernr. 6, S. 108–122, <https://doi.org/10.25595/2099>.

5 Vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt: Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung, in: Landtag von Sachsen-Anhalt. Drucksache 8/3831, 28.02.2024, in: <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/drs/wp8/drs/d3831aak.pdf>, Zugriff am 12.09.2025.

6 Wahlprogrammmentwurf der AfD Sachsen-Anhalt vom 23. Januar 2026, S. 46–47: https://table.media/assets/berlin/26-01-23_entwurf_afd-regierungsprogramm-2026-sachsen-anhalt.pdf, Zugriff am 06.02.2026.

7 Vgl. die Stellungnahme des Leiters der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora im Deutschen Bundestag, Jens-Christian Wagner: Aktuelle Herausforderungen der inhaltlichen Gedenkstättenarbeit vor dem Hintergrund extremistischer Angriffe, Ausschussdrucksache 20(22)184, 20. Januar 2025, in: <https://www.bundestag.de/resource/blob/1039726/dfe966d7403990f6504c>

3142668c601d/Stellungnahme-Wagner.pdf, Zugriff am 16.10.2025. Vgl. Fabian Dietrich/Max Kuball/Peter Sim: Mehr als 1.000 rechte Angriffe auf Gedenkstätten seit 2019, in: Deutschlandfunk, 29.08.2024, in: <https://www.deutschlandfunk.de/ns-gedenkstaetten-angriffe-rechtsextremismus-erinnerungskultur-100.html>, Zugriff am 16.10.2025. Der Verein «Netzwerk Halt!ung» erfasst antidemokratische Ein- und Übergriffe in Museen und berät die Betroffenen, online unter: www.netzwerk-haltung.org. Thema der diesjährigen Jahrestagung des deutschen Museumsbundes in Chemnitz war «Museen stärken Demokratie». Hier wurden Eingriffe in die Freiheit der Museen kritisiert, insbesondere die Einflussnahme durch rechtsextreme Akteur*innen, Herausforderung sei der «Kulturkampf von rechts» und damit zunehmend demokratiefeindliche Übergriffe.

8 Vgl. hierzu die Studie der AG Arbeitsbedingungen Kunstwissenschaft im Ulmer Verein – Verband für Kunst- und Kulturwissenschaften: Prekäre Karrieren. Resultate der Umfrage zu den Arbeitsbedingungen in den Kunstwissenschaften, Art.Dok 2024, <https://archiv.ub.uni-heidelberg.de/artdok/9360/>, <https://doi.org/10.11588/artdok.00009360>, derzufolge über «die Hälfte der Umfrage-Teilnehmer:innen im Berufsfeld Museen, Ausstellungswesen, Denkmalpflege (56 % bzw. 224 von 403 Personen) [...] befristet angestellt» ist (S. 32–33), und die Präsentation: Prekäre Karrieren. Ergebnisse der Umfrage zu den Arbeitsbedingungen in den Kunstwissenschaften (2022) – [Präsentation und Grafiken], Art.Dok 2024, <https://archiv.ub.uni-heidelberg.de/artdok/9363/>, <https://doi.org/10.11588/artdok.00009363>, Zugriff am 19.11.2025. Konkrete Zahlen zur Provenienzforschung liegen nicht vor, es ist aber davon auszugehen, dass sie im Verhältnis zu jenen des Fachs der Kunstwissenschaft stehen.

9 Die Zahlen beziehen sich auf abgeschlossene Projekte, siehe: [https://kulturgutverluste.de/projekte?search=&Forschungskontext\[\]=386&Forschungskontext\[\]=387&Forschungskontext\[\]=389&Projektstatus\[\]=Abgeschlossen&sort_by=title_asc](https://kulturgutverluste.de/projekte?search=&Forschungskontext[]=386&Forschungskontext[]=387&Forschungskontext[]=389&Projektstatus[]=Abgeschlossen&sort_by=title_asc), Zugriff am 12.09.2025.